

Beschluss (vorläufig) Der Brexit zeigt: Der Kampf für Europäische
Einigkeit ist wichtiger denn je

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Wir Grüne sind eine europäische Partei und die Partei des europäischen
2 Zusammenhalts. Umso
3 schmerzhafter war für uns die Entscheidung einer Mehrheit der britischen
4 Wähler*innen in
5 2016, die Europäische Union verlassen zu wollen.
- 6 Die EU hat sehr geschlossen eine gemeinsame Position formuliert und seitdem zwei
7 Austrittsabkommen mit den britischen Regierungen verhandelt. Dabei lag und liegt
8 nach wie
9 vor das Modell Norwegen auf dem Tisch.
- 10 Einerseits ging es in dem Austrittsvertrag darum, die Rechte der nicht-britischen EU-
11 Bürger*innen im Vereinigten Königreich und der britischen Bürgerinnen in der EU zu
12 sichern,
13 die offenen britischen Zahlungen für den EU Haushalt zu klären, und eine
14 Übergangsphase zu
15 finden, während derer beide Seiten sich auf eine zukünftige Partnerschaft einigen.
- 16 Andererseits war und bleibt die zentrale Aufgabe, den Frieden auf der irischen Insel
17 und
18 gleichzeitig den Binnenmarkt zu sichern. Denn jedes Abkommen, das eine harte
19 Grenze - also
20 Grenzkontrollen auf der irischen Insel - herbeigeführt hätte, würde den fragilen Frieden
21 in
22 Nordirland nach dem Karfreitagsabkommen gefährden.
- 23 Gleichzeitig war klar, dass Lösungen für die irische Frage mit großen Risiken für den
24 Binnenmarkt verbunden sind. Keine europäischen Gesetze und Standards für
25 Nordirland,
26 trotzdem totaler Zugang zum Binnenmarkt - dies wären beste Voraussetzungen für das
27 Sozial-,
28 Umwelt- und Steuerdumping, das Brexiteers wie Boris Johnson regelmäßig
29 ankündigen.
- 30 Wir haben die Verhandlungslinie der EU immer unterstützt, aber nach wie vor gilt: Eine
31 verantwortungsvolle britische Regierung hätte Lösungen für diese zentralen Probleme
32 erarbeitet, bevor sie überhaupt ein Referendum durchgeführt hätte. Stattdessen
33 haben Anti-
34 Europäer*innen und die Leave-Kampagne ein Klima aus Hass und Misstrauen erzeugt,
35 das die
36 britische Gesellschaft gespalten hat. Mit dieser Kampagne aus Lügen, Halbwahrheiten
37 und

24 Fehlinformationen wurde das Referendum gewonnen, die gesplante Gesellschaft und
das Klima
25 aus Hass und Misstrauen bleiben bis heute. Wir fordern die britische Regierung auf,
endlich
26 Brücken zu bauen, keine Lügen mehr über die EU und den Austritt zu verbreiten,
27 Hassverbrechen zu verurteilen und weiter gegen Rassismus, sei es durch
Politiker*innen, der
28 Presse oder einzelner Bürger*innen, vorzugehen.

29 Nachdem das britische Unterhaus den Zeitplan für die Ratifizierung des aktuellen
30 Austrittsvertrags abgelehnt und die Beantragung der Verlängerung bis Ende Januar
2020 gegen
31 Johnson durchgesetzt hatte, hat der Rat nun ein drittes Mal beschlossen, das
Austrittsdatum
32 zu verschieben. Wir begrüßen diese Entscheidung, da sie den Willen des Parlaments
33 widerspiegelt. Durch die jetzt vorgesehenen Neuwahlen am 12. Dezember kann
wieder Bewegung
34 in die vertrackte Situation kommen.

35 Mit dem zweiten Austrittsvertrag ist die EU Boris Johnson weit entgegengekommen
und große
36 Risiken eingegangen.

37 Das nun verhandelte Austrittsabkommen sieht nämlich keinen Backstop mehr vor -
also eine
38 Absicherungspolicy, falls für die Frage der zukünftigen Zoll- und
Binnenmarktbestimmungen,
39 die eine harte Grenze auf der irischen Insel verhindern sollen, keine Lösung gefunden
würde.
40 Stattdessen wurde für Nordirland nun eine permanente Lösung gefunden, die vorsieht,
dass
41 Nordirland rechtlich Teil des UK Zollgebietes ist, de facto aber Teil der EU Zollunion ist.
42 Diese Aufteilung in de jure und de facto Regelungen ist ein großes Zugeständnis der
EU an
43 Großbritannien und birgt große Risiken für die Zollunion und den Binnenmarkt.

44 Dies gilt mit Blick auf die Zollunion in zweifacher Hinsicht. Erstens besteht beim Import
45 die Gefahr einer Unterwanderung von EU Zöllen. Die Unterscheidung in Güter für
Nordirland
46 und für den Rest der EU kann zu großer Bürokratie führen oder zu Lasten der EU
umgesetzt
47 werden. Dies muss verhindert werden und bei den Kontrollen sichergestellt werden,
dass
48 regelmäßige, unangekündigte EU Kontrollen stattfinden können. Dafür müssen alle
49 Überwachungsinstrumente - zum Beispiel bei der Kontrolle der Zollbestimmungen -
genutzt
50 werden und bei Fehlverhalten eindeutige Konsequenzen gezogen werden. Zweitens
wurde der
51 Export nicht eindeutig geklärt. Es besteht deswegen die Gefahr, dass für den Export
von
52 Waren die Verlagerung des Firmensitzes nach Nordirland lukrativ sein kann, um zum
Beispiel

53 US-amerikanische Strafzölle auf Stahl und Aluminium zu umgehen. Hier muss eine
54 Regelung
55 gefunden werden, die Nordirland für den Export rechtlich und de facto als Teil der EU-
56 Zollunion sieht.

56 Mit Blick auf das so genannte Level Playing Field, also ein fairer Wettbewerb, der
57 Umwelt-
58 und Sozialstandards respektiert und nicht in eine Dumping-Spirale mündet, findet sich
59 eine
60 Verpflichtung nur in der rechtlich nicht bindenden politischen Erklärung.

59 Falls dieser Vertrag jemals im britischen Unterhaus ratifiziert wird, müssen sowohl die
60 Kommission als auch die Bundesregierung erstens bei dessen Umsetzung darauf
61 hinwirken, dass
62 Nordirland nicht zu einer Sonderwirtschaftszone und zusammen mit Großbritannien
63 nicht
64 Steueroase wird, in der europäische Zoll- und teilweise Binnenmarktregeln umgangen
65 und
66 unterminiert werden können. Zweitens müssen dann für die Verhandlungen über die
67 zukünftigen
68 Beziehungen mit Großbritannien als erstes die Sozial- und Arbeitnehmerrechte wieder
69 auf die
70 Tagesordnung. Beim Level Playing Field, also dem fairen Wettbewerb, darf es keine
71 Abstriche
72 geben. Umwelt- und Sozialstandards und Arbeitnehmerrechte und Verbraucherschutz
73 für EU
74 Bürger*innen müssen dynamisch angepasst werden.

68 Die größten negativen Konsequenzen sowohl für das Vereinigte Königreich, den
69 Frieden in
70 Nordirland als auch die EU hätte ein No-Deal-Brexit.

70 Falls - wie Mays Deal - auch dieser Austrittsvertrag nie ratifiziert wird, muss klar sein:
71 Weitere Zugeständnisse in Richtung Schwächung des Binnenmarktes darf die EU in
72 weiteren
73 Verhandlungen nicht machen.

73 Wir glauben weiter: Wer in dieser schwierigen Situation eine Lösung für den Brexit
74 finden
75 will, sollte die Frage an die britische Bevölkerung zurückgeben. Wir akzeptieren kein
76 weiteres populistisches Gegeneinanderausspielen von Bevölkerung gegen Parlament,
77 wie Johnson
78 es in den letzten Wochen massiv betrieben hat. Die liberale Demokratie müssen wir
79 gemeinsam
80 verteidigen.

78 Nach dem Referendum ist im Vereinigten Königreich die größte pro-europäische
79 Bürger*innenbewegung des ganzen Kontinents entstanden. Viele Millionen Menschen
80 sind auf die
81 Straße gegangen, um für Bürger*innenrechte zu demonstrieren und darum, bei der
82 Brexit-
83 Entscheidung das letzte Wort in einem Referendum zu haben.

- 82 Wir stehen fest an der Seite dieser Bürger*innenbewegung. Wir werden auch weiter
diejenigen
83 unterstützen, die für einen Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen
Union
84 kämpfen.
- 85 Sollte es doch zu einem Brexit kommen, dann werden wir vom ersten Tag danach
diejenigen
86 unterstützen, die sich im Vereinigten Königreich für einen Wiedereintritt in die EU
87 engagieren. Wir werden die britischen Bürger*innen nicht aufgeben und weiter für sie
und
88 ihre Rechte auch nach dem Brexit kämpfen.